

Mitteilung

öffentlicher Teil

| Gremium | Datum |
|---------------------------------|------------|
| Wirtschaftsausschuss | 06.10.2011 |
| Finanzausschuss | 10.10.2011 |
| Ausschuss Soziales und Senioren | 17.11.2011 |

Forderungen des Rates der Stadt Köln zur Instrumentenreform SGB II und SGB III Ratsbeschluss vom 14.07.2011

Der Rat der Stadt Köln hat die Verwaltung aufgefordert, anlässlich seiner am 14.07.2011 beschlossenen Resolution den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung über die Auswirkungen der geplanten Instrumentenreform im SGB II auf die Beschäftigungsförderung in Köln und den Kölner Haushalt zu informieren.

Weiter sollen die Ausschüsse für Senioren, Wirtschaft und Finanzen über diese Auswirkungen informiert werden.

Oberbürgermeister Jürgen Roters hat sich mit dem in der Anlage beigefügten Schreiben vom 23.08.2011 an die im Bundestag vertretenen Fraktionen gewandt und gleichzeitig für die Bundesregierung die zuständige Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Frau Dr. Ursula von der Leyen über die Initiative der Rates der Stadt Köln informiert. Ebenso erhielt der Deutsche Städtetag das Anschreiben an die Bundestagsfraktionen als Positionsbeschreibung der Stadt Köln zum vorliegenden Gesetzentwurf.

Der Rat hat im zweiten Teil seines Beschlusses vom 14.07.2011 die mit der Umsetzung des Integrationsprogramms befassten Institutionen aufgefordert, im Programm für 2012 ausgewogenen Maßnahmen für arbeitsmarktnahe und integrationsferne erwerbsfähige Hilfeempfänger vorzusehen und die besonderen Schwerpunkte des Kölner Hilfesystems, die schon bei der Entwicklung des SGB II Pate gestanden haben, im Integrationsprogramm zu berücksichtigen.

Die Träger des Jobcenter Köln wurden zudem aufgefordert, die im SGB II zur Betreuung der erwerbsfähigen Hilfeempfänger vorgesehenen Personalschlüssel nachhaltig umzusetzen und alle notwendigen und gesetzlich vorgeschriebenen Ressourcen bereitzustellen. Die Agentur für Arbeit wurde gebeten, ihren Teil der Personalgestellung im Jobcenter angemessen und sozialverträglich entsprechend ihres Aufgabenanteils anzupassen verbunden mit dem Hinweis, dass die Stadt Köln derzeit bei der Personalgestellung den überwiegenden Teil der Verantwortung übernimmt.

Der Oberbürgermeister hat die Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Köln über den Beschluss des Rates in Kenntnis gesetzt und parallel dazu ebenfalls den Geschäftsführer des Jobcenter Köln unterrichtet, verbunden mit der Bitte, die Mitglieder des Jobcenter-Beirates im Rahmen der Vorbereitung der nächsten Sitzung über den Ratsbeschluss zu informieren und die Beratung zum Integrationsprogramm 2012 auf die Tagesordnung zu setzen.

gez. Reker